

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 38.

Charlottenburg, Freitag, den 17. September 1920.

Jahrg. 47.

Nichtigstellung.

Das Lohnabkommen und der Mantelvertrag laufen gleichzeitig ab, aber nicht am 20. September, wie infolge eines Druckfehlers irrtümlich in der vorigen Nummer der „Ameise“ angegeben, sondern am 30. September d. J.

Die Schriftleitung.

Zur Abwehr.

So wenig angenehm es uns ist, müssen wir uns doch wieder einmal mit den arbeiterfeindlichen Praktiken der Händlerorganisation und ihrer Presse beschäftigen. Anscheinend wissen die Händler kein anderes Mittel zur Wahrnehmung ihrer Interessen, als die Arbeiterschaft in der Öffentlichkeit, bei den Behörden usw. mit wahrheitswidrigen Angaben zu diskreditieren. Die anfangs Juli dieses Jahres in einigen deutschen Städten vorgekommenen Teuerungskrawalle, in deren Verlauf an verschiedenen Stellen die Händler genötigt wurden, die Verkaufspreise herabzusetzen, bot der Händlerorganisation (Reichsverband Deutscher Spezialgeschäfte) Anlaß, sich mit einer Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium zu wenden. In dieser Eingabe vom 13. Juli d. J. wird u. a. gesagt:

Der Händler ist an den hohen Verkaufspreisen vollständig unschuldig; ihm werden die Preise vom Lieferanten diktiert, wogegen er (der Händler) vollkommen machtlos sei. Es wird dann auf den 50prozentigen Preisaufschlag der Porzellan-Geschirrfabriken vom April d. J. verwiesen, sowie auf die verschärften Zahlungsbedingungen der Steingutfabriken vom 1. Mai d. J. Die Fabrikanten verweisen dabei auf die gestiegenen Rohstoffpreise. Ferner machen sie (die Fabrikanten) — sagt die Händlereingabe wörtlich — nicht Unrecht auf die kolossal gestiegenen Löhne ihrer Arbeiterschaft aufmerksam.

Ferner wird die Regierung in dieser Eingabe ersucht, auf einen allgemeinen Abbau der Preise hinzuwirken, in der Art, daß die Ur- und Rohproduktion und infolgedessen auch die Fertigfabrikate verbilligt werden. Es heißt dann wörtlich:

„Wir wissen wohl, daß das Problem des Preisabbaues ein unendlich schwieriges ist, namentlich angesichts der ungeheueren wirtschaftspolitischen Einsichtslosigkeit eines großen Teiles der Arbeiter und Angestellten, die falsch verstandenen marxistischen Gelehrengängen nachhängen.“

Wir wollen nebenbei bemerken, daß dieser letztere Satz bereits schon einmal von der „Porzellan- und Glashandlung“, dem Organ der eingangs erwähnten Händlerorganisation, der Öffentlichkeit aufgetischt und nunmehr auch wortgetreu in die Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium aufgenommen wurde.

Die Händler haben auf ihre Eingabe natürlich auch eine Antwort erhalten, die ihnen aber nicht recht zu behagen scheint, weil daraus hervorgeht, daß das Reichswirtschaftsministerium besser über die beklagten Zustände orientiert zu sein scheint, als den Händlern angenehm ist. In dieser Antwort heißt es u. a.:

„Dem Reichsverband Deutscher Spezialgeschäfte erwächst eine dankbare Aufgabe, seinen ganzen Einfluß dem Handel gegenüber aufzuwenden, daß er alles beseitige, was die Erregung der Verbraucherschaft hervorzurufen geeignet ist, d. h. insbesondere seine Preisforderungen einer Revision unterziehe, welche der verminderten Kaufkraft der Bevölkerung Rechnung trägt.“

Ich würde es sehr dankbar begrüßen, wenn auch in Zukunft das Bestreben des Reichsverbandes dahin ginge, den Handel auf die Gefahren übermäßiger Preisgestaltung hinzuweisen.

Bei mehreren wichtigen Rohstoffen sind übrigens nicht unbedeutende Preisrückgänge schon jetzt erzielt worden.“

Die „Porzellan- und Glashandlung“ legt sofort Verwahrung dagegen ein, daß man dem Handel zumutet, auf eine Herabsetzung der Preise hinzuwirken. Wie kann man aber auch den Händlern zumuten, ihren „bescheidenen“ Verdienst herabzumindern. Eine Herabsetzung der „kolossal“ hohen Arbeiterlöhne kann allein nur imstande sein, einen Abbau der Verkaufspreise herbeizuführen. Daß die Arbeiterlöhne fast gar keine Rolle spielen im Vergleich zu den Wucherpreisen, die von den Händlern beim Verkauf der Waren gefordert werden, weiß — das nehmen wir an — auch die „Porzellan- und Glashandlung“. Was soll man dazu sagen, wenn z. B. für einen Steinguteller — Ausschußware, weiß, 23 Zentimeter (tief) — vom Markthändler 6,50 Mk. verlangt werden, für den ein Dreher 8, im höchsten Fall 10 Pf. Arbeitslohn erhält, die Herstellungskosten des Tellers insgesamt höchstens 60 bis 80 Pf. ausmachen? Selbst wenn der Fabrikant den Teller mit 3 Mk. pro Stück verkaufen würde, streicht der Handel immer noch einen Wuchergewinn von 3,50 Mk. pro Stück ein. So liegt es in allen Fällen. Angesichts dieser Zustände gehört wirklich schon mehr als Mut dazu, der Öffentlichkeit und den Regierungsbehörden einreden zu wollen, die „kolossal“ hohen Arbeiterlöhne verschulden die hohen Verkaufspreise, weil die Händler sich mit einem „bescheidenen“ Gewinn begnügen.

Das genannte Organ stellt denn auch in Aussicht, einen Druck auf die Unternehmer ausüben zu wollen, die dann den Druck auf die Arbeiter weiter zu geben haben, um zu niedrigen Löhnen der Arbeiter und damit zu niedrigen Verkaufspreisen zu kommen. Die Wuchergewinne der Händler dürfen natürlich nicht vermindert werden.

Wie dieser Druck ausgeübt werden soll, ist aus der Nr. 32 des vorgenannten Blattes vom 7. August zu ersehen. In dieser richtet der Vorstand des R. D. G. an seine Mitglieder das Verlangen, bei Vermeidung einer Konventionalstrafe von 3000 Mk. für jeden einzelnen Fall, Waren von den Porzellan und Steingutfabriken nur dann zu kaufen, wenn der betreffende Fabrikant die vom R. D. G. aufgestellten Bedingungen erfüllt.

Geradezu amüsant wirkt es, wenn dann in der nächsten Nummer (33) desselben Blattes vom 14. August in einem Artikel, betitelt „Organisationszwang“, bewegliche Klage darüber geführt wird, daß ein verwerflicher Organisationszwang auf Unternehmer- wie Arbeiterseite ausgeübt wird. In bezug auf die Arbeitergewerkschaften und deren Führer wird in diesem Elaborat gesagt: „Derselbe Organisationszwang — wie bei den Unternehmern — besteht zum Schaden für unseren Wiederaufbau auf der Arbeiterseite. Hier regieren die Gewerkschaften, und ihre Führer haben das große Wort. Und es gibt Gewerkschaftssekretäre, die ihre ganze Aufgabe darin erblicken, die Mitglieder ihrer Organisation, die vielleicht an und für sich ganz zufrieden wären, zu immer neuen Forderungen aufzuheizen, damit sie dann stolz-bescheiden auf die eigene Brust deuten und sagen können: Seht, das haben wir wieder mal für euch erreicht. Welcher Zwang und Terror seitens der Gewerkschaften gegen widerstrebende Elemente, die lieber der besseren Einsicht folgen wollten, ausgeübt wird, ist bekannt und schreit nachgerade zum Himmel.“

Wer von dem R. D. G. behaupten wollte, daß er Zwang und Terror ausübe, könnte dafür wenigstens Beweise bringen, indem er auf die in Nr. 32 der „Porzellan- und Glashandlung“ abgedruckte Bekanntmachung verweist. Der Schmierfink, der dasselbe von den Gewerkschaften behauptet, weiß aber, daß er seine Behauptungen aus seinen unsauberen Fingern gesogen hat, weiß, daß es für seine Behauptungen überhaupt keine Beweise gibt, ja, er weiß, daß das Gegenteil von dem, was er behauptet, richtig und zutreffend ist. Ein Blick in die in unserer „Ameise“ veröffentlichten Versamm-

lungsberichte und Meinungsäußerungen der Mitglieder zeigt jedem klar und deutlich, daß die Dinge wesentlich anders liegen. Unsere Mitglieder betonen fortgesetzt, daß die gegenwärtigen Lebensverhältnisse ganz andere Löhne erfordern, als sie heute erhalten, und machen den Vorstand zum Teil dafür verantwortlich, der nicht mit der notwendigen Energie die Lohnforderungen bei den Tarifverhandlungen vertreten soll.

Einsichtige Unternehmer wissen, daß von einem Abbau der Löhne gegenwärtig keine Rede sein kann. So schreibt die „Keramische Rundschau“ in Nummer 36 in einer Notiz über die Lage in der Steingutindustrie, daß die Fabriken gezwungen sind, ihr Augenmerk wieder mehr dem Auslandsgeschäft zuzuwenden, nachdem die Inlandsaufträge zu wünschen übrig lassen. Wenn darunter der Inlandsmarkt leidet, dann ist dies dem Verhalten der deutschen Händlerkreise zuzuschreiben, die durch ihre Zurückhaltung eine Herabsetzung der Verkaufspreise erzwingen wollen. Eine solche Herabsetzung der Fabrikpreise im Inlande ist aber nicht möglich, weil die Herstellungskosten eher steigen als fallen, und im besonderen keinerlei Aussicht besteht, daß die Löhne einen Abbau erfahren können, so lange nicht die Kosten der Lebenshaltung allgemein sich mindern.

Die Porzellan-, Steingut- usw. Händler und ihre Presse, die in der Beschimpfung der Arbeiter nicht genug tun können, sollten letzten Endes aber auch einmal bedenken, daß die Arbeiter nicht nur Produzenten und Lohnempfänger, sondern auch Verbraucher und Abnehmer derer sind, die sie fast allwöchentlich besudeln und öffentlich bloßstellen. Unsere Mitglieder sollten in den Gewerkschaftskartellen die Aufmerksamkeit der organisierten Arbeiterschaft auf das schäbige Verhalten der Händler und ihrer Presse lenken. Vielleicht kommen dann die Arbeiter mehr als bisher zu der Ueberzeugung, daß sie noch die Möglichkeit haben, ihren Bedarf an keramischen Erzeugnissen zu decken, ohne sich dabei beschimpfen lassen zu müssen. Durch die Erwerbung der Mitgliedschaft im Konsumverein trägt jeder Arbeiter dazu bei, den parasitären Handel, der die Waren besonders verteuert, mehr und mehr auszuschalten. Die Händler, die hierbei übrig werden, gewinnen dadurch die Möglichkeit, in die Fabriken zu gehen und des Segens der „kolossal hohen Arbeiterlöhne“ teilhaftig werden zu können. Damit wäre den Händlern und dem Schriftleiter ihrer Zeitung, aber auch den Arbeitern geholfen.

Vom proletarischen Japan nach dem Kriege.

Ein Brief aus Tokio.

Durch den europäischen Blätterwald laufen, besonders seit Friedensschluß, unausgesetzt Schilderungen von beispiellos stark verbesserten Arbeitsbedingungen, von einem revolutionären Erwachen des Proletariats, von einem beträchtlichen Mitgliederzuwachs der Arbeiterorganisationen, von einer prächtig gedeihenden sozialistischen Bewegung in Japan. Der nicht mit den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Zuständen der ostasiatischen Autokratie vertraute Europäer ist gerne geneigt, die rosigsten Schilderungen zu glauben, zumal er darin nur den Gleichklang seiner eigenen Umgebung sieht. Zuweilen auch ist der Wunsch der Glaubensstärker. Schade nur, daß man bei einem Versuch, für diese Schilderungen stichhaltige Beweise in der harten Wirklichkeit zu finden, auf herbe Enttäuschungen stößt. Zu verwundern ist das eigentlich nicht. Eine einigermaßen eingehende Kenntnis der asiatischen Verhältnisse sagt schon, daß es in dem asiatischen Agrarstaat, der vor kurzen Jahrzehnten noch die allgemeine Leibeigenschaft in asiatischer Verschlimmerung kannte, mit Fortschritten, wie den gemeldeten, gute Weile hat. Dort muß sich aus geschichtlichen und psychologischen Ursachen der Aufstieg des Industrieproletariats viel langsamer vollziehen als in Europa. Wenn nun dessen ungeachtet immer und immer wieder glänzender, sprungweiser Aufstieg verkündet wird, so muß die Erklärung dafür in den dort viel andersartigen Zuständen wie auch in der Tatsache gesucht werden, daß für japanische Verhältnisse allzu oft, obwohl es ganz und gar nicht angängig ist, der europäische Maßstab angelegt wird.

Es fehlt natürlich auch im proletarischen Japan nicht an Versuchen, die Lage zu verbessern, noch an Zuständen mit offenen Widerständen. Aber sind solche Zeichen des Erwachens — oder der Reife! — da, die viel geringer, als es von fern den Anschein hat. Und dann erregen sie in dem Lande der sprichwörtlichen Unterwerfung der Herrschenden Bedürfnisse, der allmächtigen Staatsgewalt allgemein ungeheures Aufsehen, und sie werden von der gezüchteten Geschäftigkeit der Staatsgewalt zu weltverunsichernden Sensationen. Lohn- und Lebensbedingungen, die nach europäischen Begriffen meist noch sehr mangelhaft sind, werden in der Hand der japanischen Presse, für deren Sensationslust so leicht ein Beispiel nicht zu finden ist, zu mahnendsten Zeichen; wird gelegentliches Zusammengehen einer Belegschaft gleich zu einer festen, revolutionä-

nären Organisation, und durch den polizeilichen Ueberreifer erhalten dann die journalistischen Uebertreibungen den Stich der Wahrhaftigen. Die Vorgänge sind schließlich für den europäischen Pressemann, dessen Kenntnis und Augenmaß nur an heimischen Verhältnissen geschult ist, vollgültige Beweise für die revolutionäre Umwandlung des japanischen Proletariats, für dessen glänzenden Aufstieg und seine mächtigen Organisationen. Die so gearteten Berichte gehen dann von der bürgerlichen Presse in Arbeiterblätter über und entfachen da Meinungen und Hoffnungen von himmelhoher Ueberchwänglichkeit.

Damit ist aber der organisierten Arbeiterschaft, die Wahrheit vor allem braucht, nicht gedient. Und die Wahrheit vom proletarischen Japan sieht leider trüber aus, als dem europäischen Arbeiter lieb sein kann. Es soll gewiß nicht behauptet werden, daß die revolutionäre Windsbraut, die vom Abendland aus über den Erdball segt, an dem asiatischen Inselreich ganz spurlos vorübergegangen sei. Auch dessen Proletariat läßt nun selbständig Gangart sehen, doch ist sie, an unseren Vorgängen gemessen, von polizeiruhiger Art. Es ist mehr nackte Not als revolutionäre Wille, was die Bewegung entfacht. Die unerhörte Steigerung der Lebensmittelpreise zwingt, Lohnforderungen zu stellen. Die Löhne nach unseren Begriffen lächerlich gering sind, wurde schon gesagt. Der Krieg war auch in Japan für gewisse Kreise eine goldiger Ernte, das Bucher- und Schiebertum ist dort noch eher hafter in die Salme geschossen als bei uns. Der geistige Mittelstand ist auch dort verarmt, in ein noch größeres Elend gefallen.

Die japanische Unternehmerschaft ist im Bewilligen nicht hartnäckiger als eine andere; ihre politische und wirtschaftliche Uebermacht nicht sie rücksichtsloser aus. Es muß schon hoch kommen, wenn sie mit ein paar Sen den Tagelohn aufbessert. In praktisch nicht organisierten Arbeitern gebietet es an der Möglichkeit, Druck hinter ihre Forderungen zu setzen, und wo unerträglich Drangsal zur Revolte treibt, wird sie schnell mit Säbel und Flinten gedämpft. Nach alledem kann es nicht wundernehmen, wenn Entlohnung weit hinter der Preissteigerung zurückbleibt. Das soll nun mit ein paar Zahlen belegt werden.

Die Gemeindeverwaltung von Tokio hat jüngst eine Untersuchung der materiellen Lage von 477 in der Hauptstadt wohnenden Familien vorgenommen, deren Glieder in der Metall-, chemischen und Buchindustrie, dann auch im Nahrungsmittelgewerbe beschäftigt sind. Von diesen 477 Familien vermögen nur 187 oder 39 Prozent von dem Einkommen ihres Ernährers zu leben. Die Lebensmöglichkeit der anderen Familien hängt von dem Verdienst der Frauen und Kinder ab. Mit anderen Worten: 63 Proz. der Familienväter sind außerstande, ihre Angehörigen allein zu ernähren.

Das durchschnittliche Monatseinkommen dieser Familien beträgt 76,18 Yen oder 152,36 M. Das höchste Einkommen hatte ein Maschinenbauer, nämlich 824,78 M., das niedrigste betrug 58 M. pro Monat. Im Durchschnitt wurde ausgegeben für Nahrung 79,62 M., für Schuldentilgung 2,52 M., und 4,10 M. wurden als Spargroschen beiseite gelegt. Die Sache mit den Spargroschen indes verdient noch eine kurze Erklärung. Nur 234 Familien von den 499 waren imstande, ihre Ausgaben und Einnahmen im Gleichgewicht zu halten, und von diesen rühren die Spareinlagen allein her, die ihnen nur dank der geschäftlichen Tätigkeit aller Familienmitglieder möglich waren. In 178 Familien geht die Mutter mit zum Brotverdiener aus. 100 von diesen Arbeiterinnen verdienen unter 20 M., 78 über 20 M. pro Monat. Unter den Frauen steht die Friseurin mit 92 M. an der obersten Spitze, die Handdreherin mit 4,16 M. den Monat zu unterst.

Das Bild, das diese Zahlen von der Arbeiterlage in Japan geben, ist, so düster es auch scheint, doch noch viel zu licht. Denn die Untersuchung erstreckte sich auf Industriearbeiter, auf gelehrte Leute, die in der Lohnleiter hoch oben stehen. Und dann wurde die Umfrage in Tokio, der Hauptstadt, dem Ort der guten, und nicht zu sagen der besten Bezahlung, vorgenommen. Die millionenstarken Scharen der Ungelernten in den Kleinstädten und Landorten schämen sich, allgemein gesprochen, glücklich, wenn sie nur den Lohn des Mindestbezahlten der Untersuchung am Tagelohn in ihre Beutel hätten.

Auf der Washingtoner Arbeitskonferenz hat sich Japan der Einführung des Achtstundentags, vielleicht von der Minenindustrie abgesehen, widersetzt. Der Vertreter Dr. E. Kamada zeigte sich nur geneigt, für die Einführung des 9½stündigen Arbeitstags als allgemeine Regel einzutreten. Für manche Industrien, wie für die Spinnereien, glaubte er den zehnstündigen Arbeitstag für genügend. Die japanische Regierung hat sich auch nicht dazu verstanden, die Nachtarbeit in den Bergwerken für Jugendliche zu verbieten, wohl aber hat sie eingewilligt, die Nachtarbeit für fünfzehnjährige im Laufe dreier Jahre zu untersagen, ein Alter, das später auf 16 Jahre hinaufgesetzt werden soll. Die Kinder unter zwölf Jahren können nach wie vor am Tage beschäftigt werden.

Die Zustände in Japan werden noch durch einen Brief aus Tokio beleuchtet, der Ende Juni geschrieben ist und von einem Genossen stammt, der bei der älteren Generation europäischer Sozialdemokraten einen guten Klang hat. Nach einigen mehr persönlichen Mitteilungen geht der Brief weiter:

„Wir japanischen Genossen stöbern tagtäglich die Zeitungen nach Berichten aus Deutschland durch, weil wir glauben, von Ihrer Heimat Lehren für uns erhalten zu können. . . . Nun möchte ich auch Ihnen einige zuverlässige Nachrichten von unserer Bewegung geben. Wie Sie wissen, war bei uns die schriftliche und mündliche Propaganda sehr schwierig, weil wir von der Regierung eifrig beobachtet wurden. Seit einem Jahre hat der Polizeieifer etwas nachgelassen. Verschiedene sozialistische Werke sind von einigen Gelehrten herausgegeben worden, dafür sind Uebersetzungen von Krapotkin ganz verboten worden, aber die Verbreitung des Sozialismus ist nach wie vor streng untersagt. Unsere Arbeiter sind durch den Krieg ein ganz klein wenig aufgemärter, selbstbewusster. Sie sind mit Lohn- und Arbeitszeitforderungen hervorgetreten, was begreiflich ist in Anbetracht der Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts um das Dreieinhalbfache. Durch den vor zwei Monaten einsethenden Niedergang (Krach) sind viele kleine und einige große Banken bankrott gegangen, eine Menge der neuen Reichen hat ihren Kriegsgewinn verloren und zahlreiche Scharen Arbeiter stehen brotlos auf der Straße.

Wir können nichts tun, als dem Lauf der Dinge schweigend zuzusehen. Was sollten wir sonst tun? Unsere Arbeiter sind nicht aufgeklärt, sie können sich nicht organisieren und lieben nicht Beiträge — 10 bis 30 Yen (20 bis 60 Pf.) den Monat — von ihrem geringen Einkommen zu zahlen. — Der Genosse Katayama ist schon seit sieben Jahren von Japan fort. . . . wir suchen durch soziale Einrichtungen dem arbeitenden Volke zu helfen. So haben wir unter anderem Volksschulen eingerichtet, wo die aus Reis mit Fleischsuppe bestehende Mahlzeit 9 bis 12 Yen (18 bis 24 Pf.), oder die aus Brot mit Fleischgemüse und Tee 15 bis 30 Yen kostet. Weiter haben wir in der Nähe Tokios eine Brotfabrik errichtet; aber wir können nur 1000 Pfund täglich backen, weil der Reis knapp geworden ist. . . .“

Hier sei die Wiedergabe des Briefes des Tokioer Genossen abgebrochen. Der Rest bezieht sich auf Verfolgungen und Einkerkierung verschiedener Sozialisten, wovon etwas anzuführen, der Gedanke an die japanische Freiheit verbietet.

F r i e d r i c h R u m m e r.

Gilferuf der organisierten Arbeiterschaft des Gultschiner Ländchens an die internationalen Gewerkschaften.

Die Bevölkerung des Gultschiner Ländchens, wovon die Mehrzahl Arbeiter und Kleinbauern sind, befindet sich seit der Besetzung durch die Tschechen in einer verzweiflungsvollen Lage. Der größte Teil von den Arbeitern, meist gut organisierte Bauarbeiter, ist gezwungen, da sie in der tschechoslowakischen Republik kein menschenwürdiges Auskommen finden können, und ihre Verhältnisse anders geartet sind, im oberschlesischen Industriegebiet ihr Brot zu suchen. Durch den alle paar Wochen geänderten Paßzwang, welcher mit Unkosten und schweren Zeitversäumnissen verbunden ist, ist die Arbeiterschaft in größte Erbitterung geraten. Die Erbitterung wird noch gesteigert dadurch, daß den Arbeitern deutsche Zeitungen abgenommen werden. Den Höhepunkt der Erbitterung erreichte es am 31. Juli, als einem Arbeiter eine deutsche Zeitung abgenommen wurde. Da er sich sträubte, wurde er sofort verhaftet. Darauf protestierte eine größere Menge der mitfahrenden Arbeiter zu seiner Freilassung, worauf die tschechischen Beamten mit Gewehr und Revolver antworten wollten. Einige junge Hühler warfen Steine dazwischen. Seit der Zeit ist die Schikanierung der Arbeiterschaft durch die Tschechen auf's Härteste gestiegen. Jeder ankommende Arbeiterzug wird von etwa 100 mit Bajonetten ausgerüsteten Gendarmen in Empfang genommen. Mit Hohn Gelächter und verachtenden Äußerungen werden die Arbeiter einzeln aus dem Zuge entlassen und auf das härteste kontrolliert. Bei jeder kleinsten Mienenverziehung manövriert es nicht an Kolbenstößen, Fußtritten, Ohrfeigen und Mißhandlungen schlimmster Art. Es sind schon Fälle vorgekommen, daß einzelne Leute in einem finsternen Keller eingesperrt und auf ganz barbarische Art mißhandelt wurden.

Laut Friedensvertrag ist das Gultschiner Ländchen ohne jede Abstimmung den Tschechen einverleibt worden, trotzdem der Friedensvertrag auf dem Grundsatz „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ aufgebaut worden ist.

Kollegen und Arbeitsbrüder der ganzen Welt! Wir richten Euch die dringende Bitte: Helft uns aus diesem elenden Sklavenjoch zu befreien!

Setzt es durch, daß uns das Abstimmungsrecht über unsere zukünftige Staatszugehörigkeit zugesichert wird. Von uns sind schon Hilferufe an verschiedene maßgebende Persönlichkeiten ausgegangen, leider ohne Widerhall.

Im Vertrauen appellieren wir an die größte Macht der Welt, an die Internationale Arbeiterschaft und legen auf letztere unsere größte Hoffnung, daß wir nicht verlassen werden.

Die Arbeiterschaft des Gultschiner Ländchens.

Aus unserem Verufe.

Tarifverhandlungen. Nachdem der bisher in Geltung befindliche Tarifvertrag, sowie das Lohnabkommen am 30. September d. J. zum Ablauf kommen, sind zwischen den bisherigen Vertragsparteien Verhandlungen über einen event. neuen Tarifvertrag vereinbart worden. Diese sollen am 20. September d. J. in Dresden stattfinden.

Der Arbeitsmarkt hat im Monat Juni weder im allgemeinen, noch für unseren Beruf eine Besserung erfahren. Von 38 Arbeiterverbänden, die für Monat Juni an das „Reichsarbeitsblatt“ berichteten, waren von 5,6 Millionen Mitgliedern 222 069 oder 4,0 v. H. arbeitslos. Von unseren Verbandsmitgliedern, auf die sich die Zählung erstreckte (46 810) waren 692 männliche oder 2,7 v. H., 515 weibliche oder 2,5 v. H., zusammen 1207 oder 2,6 v. H. arbeitslos; dem Vormonat gegenüber eine Steigerung von 0,2 v. H.

Aus den Berichten der Industrie und der Arbeitsnachweise ist zu entnehmen, daß außerdem die Verkürzung der Arbeitszeit zugenommen hat, zum Teil wegen Mangel an Aufträgen, zum Teil wegen Mangel an Kohlen.

Von Unternehmerseite wird zur Lage im Juni gesagt:

„Wie im Mai werden auch im Monat Juni noch immer zahlreiche Aufträge annulliert, während neue Aufträge nicht mehr eingehen. Wenn die Werke trotzdem zum großen Teil von Betriebseinschränkungen bisher abgesehen haben, so liegt dies einmal daran, daß sie solange wie irgendmöglich Rücksicht auf die Arbeitnehmer nehmen wollen, zum anderen daran, daß noch alte Aufträge vorhanden sind. Im Ausfuhrgeschäft macht es sich empfindlich bemerkbar, daß die Reichsregierung die Ausfuhrabgaben noch immer nicht den derzeitigen Verhältnissen angepaßt hat, daß aber andererseits die ausländischen Käufer sich zurückhalten, weil sie die Abgabe, die in der feinkeramischen Industrie 10 v. H. des Fakturenwerts beträgt, für unangemessen hoch halten. Die Kohlenversorgung ist auch nicht besser geworden. Die vom Wirtschaftsrat in Aussicht gestellte Revision der allgemeinen Kohlenversorgung zugunsten der feinkeramischen Industrie hat noch nicht stattgefunden. Den feinkeramischen Werken, insbesondere den thüringischen und bayerischen Fabriken, fehlte im Monat Juni vor allem die notwendig gebrauchte böhmische Braunkohle. Gegenüber diesem Ausfall bedeutete es keinen Gewinn, wenn die von den einzelnen Werken zur Kesselfeuerung benutzte minderwertige Lausitzer und mitteldeutsche Braunkohle in größeren Mengen als bisher geliefert wurde. Infolge dieser ungünstigen Kohlenversorgung, die die wirtschaftliche Ausnutzung der Betriebe noch mehr als bisher verhindert, haben sich die Gesteungskosten weiter erhöht. Unter diesen Umständen konnte von einer Herabsetzung der Preise in der feinkeramischen Industrie keine Rede sein, zumal die Porzellan- und Steingutindustrie ihren Arbeitern mit Rücksicht darauf, daß der beginnende Preisabbau der Lebensmittel zunächst nur langsam eingesetzt hat, von Anfang Juni eine bis 15. Juli 1920 zahlbare Uebergangszulage zugestanden hat, die die einzelnen Werke ihren Reserven entnehmen.“

Die bei der Zählung für Juni ermittelte Mitgliederzahl unseres Verbandes betrug 51 158.

Fraureuth. Die Angestellten der Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G., befinden sich seit Montag, den 30. August, im Streik. Der Streik ist erklärt worden, weil sich die Firma weigert, einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Gera anzuerkennen, der den bei der Firma beschäftigten Angestellten endlich menschenwürdige Bezüge bringt.

Königszeit. Der in Nr. 36 der „Ameise“ vom Kollegen Klein gegebene Hinweis betreffs einer Anregung der dortigen Zahlstelle entspricht voll und ganz meiner Meinung. Ich habe in diesem Sinne wiederholt meine Meinung darüber geäußert, daß Zusammenarbeiten der nahe beieinander liegenden Zahlstellen und Betriebe sei eine dringende Notwendigkeit. Nicht etwa sich mit dem befassen, was hinter uns liegt, sondern voll und ganz unser Augenmerk auf die Zukunft lenken. Einen Beweis dafür liefert uns in derselben „Ameise“ der Bericht „Aus Unternehmerkreisen“, wie gerade darin die Unternehmer gemeinsame Beratungen und Beschlüsse fassen, und dann uns Arbeitern diese präsentieren. Dies müßte so manchen Kollegen selbst zu dieser Ueberzeugung bringen. Bedenken wir, daß all die vergangenen Jahre die Arbeiter für den Achtstundentag gekämpft haben, und wie wird damit ihrerseits Mißbrauch getrieben (laut Versammlungsbericht); auf was für Art und Weise wird diese Verordnung durchbrochen? Die Kollegen sind es, die auf diese Weise dem Betriebsrat die größten Schwierigkeiten bereiten und auf andere Weise niemals genug bekommen. Sie sollten doch bedenken, daß jedes weitere Unternehmen dadurch

leidet, und sie ihren Arbeitskollegen in den Rücken fallen. Inwieweit darin die Unternehmer sich ihrer Machtposition bewusst sind, zeigt ebenfalls der Bericht „Aus Unternehmerkreisen“, worin es heißt: daß einige Demobilisierungskommissare ihre Genehmigung erteilt haben für Ueberschreitung des Achtstundentages. Kollegen! Ueberlegen Sie sich, wohin dies führen soll, wenn man bedenkt, daß Tausende von Genossen arbeitslos sind. Nochmals zurückzukommen auf das gemeinsame Zusammenarbeiten einzelner Zahlstellen, laut Bestimmungen für Agitationsbezirke § 1 und 2. Diese Einteilung der Bezirke kennen wir hier nicht. Pflicht der Gauleitung wäre es gewesen, uns darüber aufzuklären. Ich habe das Empfinden, solange sich die Zahlstellen passiv verhalten, hat der Gauleiter keine Veranlassung, an einer Sache zu rütteln, was ich auch gut verstehen kann. Ja, wenn unsere Mitglieder mehr gewerkschaftliches Interesse und Verständnis hätten, so könnte manches unternommen werden. Ich bin der Meinung, empfehlenswert wäre es, wenn befähigte Kollegen mancher Zahlstelle sich gegenseitig Versammlungsbefuche abstatten würden; dies würde auch für den Besuch der Versammlungen mehr Anregung geben. Die älteren sowie die jüngeren Kollegen würden damit einen gewissen Ansporn erhalten und auch vieles dabei lernen können. Darin mag aber seitens der älteren Kollegen viel gesündigt werden. Wir müssen allerdings bedenken, daß auch diese infolge Fortschreitens ihres Alters einmal amtsmüde werden. Auf keinen Fall sollten sie aber ihr ganzes Können und Wissen für sich behalten, sondern sich bemühen, dies den nachkommenden Kollegen zugänglich zu machen. Meinerseits habe ich mir gerade darin Mühe gegeben. Ebenso hatte ich noch einmal versucht, am 4. Juli hier in Königszell eine Konferenz einzuberufen. Die Einladungen zu dieser Aussprache sind rechtzeitig geschehen. Die einzelnen Betriebsräte sowie Vertrauenspersonen, die zur Verwaltung Waldburg gehören, haben auf meine Einladung nicht geantwortet, nur Sophienau-Schweidnik hatte sich entschuldigt, so daß nur Königszell, Stannowitz und Tillowitz vertreten waren. Durch das Fernbleiben der Waldburger Kollegen habe ich ein weiteres Unternehmen dieser Art nicht mehr für angezeigt gehalten. Ob nun die Vertrauensleute der einzelnen Betriebe von ihren Lokalbeamten benachrichtigt worden sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich halte derartige Konferenzen mit zu den wichtigsten Aufgaben unserer Organisation. Jede neue Ausgabe der „Ameise“ zeigt uns immer deutlicher, wohin unser Wirtschaftswesen segelt. Die Unternehmer fühlen sich voll und ganz als Herren ihrer Sache. Man betrachte nur das Zusammenarbeiten so mancher Unternehmer mit den Betriebsräten, wie gespannt sich die ganze Lage gestaltet. Ich bin der Meinung, wäre die Arbeiterklasse sich bewußt, wie so peu-à-peu den Kapitalisten immer größere Macht in die Hände gespielt wird, würde sie bald anders auftreten. In Schlesien ist die große Masse der Arbeiter noch zum Denken zu träge und zum Handeln zu ängstlich.

D. Bogt.

München. Die Kollegen der Porzellan-Manufaktur Nymphenburg nahmen Kenntnis von dem Verlauf der Verhandlungen mit den Porzellanfabrikanten am 9. Juni in Leipzig. Jedoch sind sie von dem Ergebnis nicht besonders überrascht worden, denn die Herren haben ja leichtes Spiel, dafür sorgt die Arbeitsgemeinschaft. Die Kollegen von Nymphenburg verlangen, daß die Arbeitsgemeinschaft mit den Porzellanindustriellen aufgehoben wird, und sich der Hauptvorstand auf den Boden des Klassenkampfes stellt.

Schmiedeberg. Unser Mitglied Frida Engler verläßt infolge Verhehlung ihren bisherigen Wirkungskreis. Seit Gründung der Zahlstelle Haselbach war die Kollegin Engler bis zur Verschmelzung der Zahlstelle H. mit Schmiedeberg deren Kassiererin, und nachdem Unterkassiererin. Mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit und Ausdauer hat unsere nunmehr scheidende Genossin für unseren Verband gearbeitet. Niemand kann mehr davon überzeugt sein als sie, daß der engste Zusammenschluß in der Berufsorganisation nur allein vermag, helfend und bessernd auf die Lage jedes einzelnen Arbeiters einzuwirken. Die gesamte Kollegenchaft unserer Zahlstelle fühlt sich verpflichtet, ihr am Tage ihres Scheidens aus unserer Reihen den herzlichsten Dank für ihre treu geleisteten Dienste auszusprechen. Die besten Glückwünsche für ihr künftiges Wohlergehen senden sie auf ihrem ferneren Lebenswege.

Aus anderen Organisationen.

Der Male- und Schloß das zweite Vierteljahr mit 54 520 Mitgliedern ab und hat jetzt die 55 000 bereits überschritten. Sein Verbandsblatt, der „Bereins-Anzeiger“, erscheint in einer Auflage von 5 000. — Die schlechte Lage des Malergewerbes ließ keine fruchtbarste Fortwärtseentwicklung zu, wie sie andere, in dieser Hinsicht günstiger gestellte Verbände erleben. Doch ist der Stand

bei Kriegsausbruch (47 230 Mitglieder) längst überschritten. Auch die Vermögenslage des Malerverbandes ist durchaus günstig. Die große Aussperrung im Malergewerbe im Jahre 1913 hatte den Massenbestand von 2 232 000 M. auf 720 100 M. herabgedrückt. Diese Summe blieb auch über den Krieg hinweg erhalten. Ende 1919 waren dagegen bereits wieder 1 669 332 M. und am 1. Juli d. J. 2 009 778 M. vorhanden. Eine seit Mai durchgeführte Beitrags- und Unterstützungsreform wird die Entwicklung zu günstigen Finanzverhältnissen voraussichtlich weiter vorwärtstreiben.

Der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandte Berufe schließt sein Geschäftsjahr 1919 mit einem Mitgliederstand von 17 551 männlichen und 654 weiblichen, zusammen 18 205, ab. Trotz der außerordentlich ungünstigen Lage des Gewerbes war es möglich, die Zahl der Verbandsangehörigen fast zu verdoppeln, denn das Jahr 1918 weist am Schlusse 9582 Verbandsangehörige auf. Mit Ausnahme der Photographen in der Porträtbranche gehören fast alle Berufsarbeiter der vom Verband erfaßten Gewerbe der Organisation an. Mit rund 2000 Mitgliedern wird damit die Zahl der Verbandsangehörigen am Schlusse des zweiten Vierteljahres 1914, die 16 497 betrug, überschritten.

An Bewegungen wurden zusammen 186 in 818 Orten in 5811 Betrieben geführt. Beteiligt daran waren 35 317 männliche und 723 weibliche, zusammen 36 040 Mitglieder. 140 Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung erfaßten 772 Orte mit 420 Betrieben mit einer Beschäftigtenzahl von 35 138. 46 Angriffstreiks in 46 Orten erfaßten 163 Betriebe mit 902 Beschäftigten, die 15 414 Tage im Streik standen und dadurch einen Verlust an Arbeitsverdienst von 304 520 M. hatten. Von den 902 Streikenden waren 689 männliche und 4 weibliche verheiratet, die 104 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren hatten. Abwehrstreiks waren nicht zu führen.

Alle Bewegungen endeten erfolgreich. Die Angriffsbewegungen brachten für 35 138 Beteiligte eine wöchentliche Erhöhung des Lohnes um 465 360 M., während die Angriffstreiks für 902 Beteiligte 12 656 M. Lohnerhöhung in der Woche ergaben, zusammen für 36 040 Beteiligte 478 016 M. Die Führung der Bewegungen verursachte eine Ausgabe von 72 820 M.

Durch Verhandlungen wurden sämtliche Bewegungen beigelegt. Während 163 Bewegungen durch Verhandlungen zwischen Vertretern der Unternehmer und Vertretern der Organisation der Arbeiter beigelegt werden konnten, verlangten 8 Bewegungen die Teilnahme von Einigungsämtern oder Gewerbegerichten und 15 die Teilnahme von dritten Personen oder Zivilbehörden.

Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde in der Woche konnte für 6828 Mitglieder errungen werden, und sonstige Verbesserungen wurden durch den Abschluß von 24 Tarifverträgen erzielt. Unter den 24 abgeschlossenen Tarifverträgen befinden sich 6 Reichstarife, von denen wieder zwei für rechtsverbindlich erklärt worden sind. Bei der Erlangung der Rechtsverbindlichkeit war ein Kampf wegen der Verbindlichkeitserklärung der für die Lehrlingshaltung und -ausbildung geltenden Tarifpositionen zu führen, der mit der Verbindlichkeitserklärung des Tarifvertrages für das deutsche Formstechergewerbe zugunsten des Verbandes beendet wurde.

Finanziell schließt das Geschäftsjahr 1919 nicht ungünstig ab. Einer Gesamteinnahme von 1 512 548,37 M. stand eine Gesamtausgabe von 1 020 148,76 M. gegenüber. An Unterstützungen wurden 401 350,71 M. ausbezahlt, wovon die Arbeitslosigkeit 248 591,87 M. allein für sich in Anspruch nimmt. 11 845 Mitglieder waren 74 587 Wochen arbeitslos. Diese Zahlen drücken das ganze Elend des Gewerbes aus und geben Aufschluß, warum es in der Lohngestaltung nicht so vorwärts ging, wie gewollt.

Das Verbandsorgan, die „Graphische Presse“, erschien am Jahreschluß in einer Auflage von 20 000 Abdrucken und verursachte mit der „Graphischen Jugend“, die am Jahreschluß eine Auflage von 2100 hatte, eine Ausgabe von 75 226,68 M.

Mitglieder der Lehrlingsabteilung waren am Beginn des Jahres 1029 vorhanden. Dem Zugang von 1343 steht ein Abgang von 570 gegenüber, so daß am Schlusse des Jahres 1802 Mitglieder zu verzeichnen waren. Unter dem Abgang befinden sich 383, welche ausgelernt haben und in den Verband übergetreten sind.

Das herorstechendste organisatorische Ereignis war der vom 19. bis 25. November in Magdeburg tagende Verbandstag.

Bemerktes.

Mehr praktischen Sozialismus!

Nur durch starke Gemeinwirtschaft kommen wir aus dem Elend. Als Grundlage müssen Erzeuger- und Verbraucher-genossenschaften dienen, die durch ihre Organisation Warenener-

ung und Warenverteilung regeln, unter Ausschaltung aller ver-
mernden Zwischenstellen. Das ist eine unerläßliche Vorbedingung
der Verwirklichung des Sozialismus. Sozialismus im wahren
Sinne des Wortes kann keine Regierung, welcher Art sie auch sei,
dem Volk auf dem Präsentierteller bringen, er muß errungen
werden, und das kostet weiter nichts als folgerichtiges Handeln.
Hier liegt aber der Haken. Viele fühlen sich berufen, aber nur
wenige sind ausersehen, dem Sozialismus in des Wortes schönster
Bedeutung zum Siege zu verhelfen. Viele schreien täglich mit
mehr oder weniger kräftigen Worten nach mehr Sozialismus, leisten
aber praktisch dafür gar nichts. Andere begnügen sich damit, hin
und wieder einen sozialistischen Stimmzettel abzugeben und war-
en dann auf die gebratenen Tauben. Wenn die natürlich nicht
kommen, dann sind sie verstimmt.

Wir wollen nur auf die riesigen Erfolge der deutschen Kon-
sumgenossenschaften und ihrer Zentralen innerhalb der letzten
Jahre hinweisen, Erfolge, wie sie bei Beginn der modernen Ge-
sellschaftsbewegung von dem kleinen Häuflein Gründer allerorts
nicht erwartet wurden. Nicht mit großen Kapitalien haben
die Arbeiter ihr ideales Werk begonnen, nein, sie haben lediglich
ihre Waren, in der Hauptsache zunächst nur Lebensmittel, gemein-
sam durch ihren Konsumverein eingekauft. Der Gewinn floß nicht
mehr in die Taschen von zahllosen Kleinhändlern oder in die
Taschen von großkapitalistisch betriebenen Handelsgeschäften, son-
dern verblieb den organisierten Konsumenten, die am Schlusse des
Geschäftsjahrs einen Teil der Erübrigung zurückerhielten zur An-
schaffung von Kohlen, Kartoffeln usw. Der andere Teil wurde
zur Stärkung der Reserven zwecks Erweiterung der Be-
triebe, die anfangs fast alle ganz primitiv aufgezogen waren. Heute,
nach verhältnismäßig kurzer Zeit, haben wir in vielen kleineren
orten gut fundierte Genossenschaften, in fast allen mittleren und
großen Städten Deutschlands große, auf das schönste eingerichtete
Konsumvereine mit zahlreichen Warenverteilungsstellen. Viele
haben bereits große, in hygienischer Beziehung ideal eingerichtete
Mädereien, einige auch schon Fleischereien. Viele Hunderte von
Millionen Mark Umsatz erzielen diese Genossenschaften schon vor
dem Kriege. Durch Zusammenschluß dieser Konsumvereine in
Zentralorganisationen, im Zentralverband deutscher Konsumver-
eine und in der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine
b. G., war es ferner möglich, zahlreiche, ebenfalls auf das mo-
deste eingerichtete Fabriken zu schaffen.

Diese gewaltigen und schönen Fabrikanlagen für Papier-
waren, Tüten und Beutel, für die Herstellung von Seifenproduk-
ten, Leigwaren, Zigarren, Zigaretten, Risten, die stattlichen Lager-
häuser für Manufakturwaren, für Lebensmittel, für Gewürze, ver-
schaulichen besser als Worte die gewaltige Macht, die das Volk
besitzt, wenn es seine Macht nur praktisch ausnützen wollte. Denn
messen an der großen Zahl derer, die den Sozialismus wünschen,
ist es doch nur eine verhältnismäßig kleine Schar, die die nun
von vorhandenen Millionenwerte und Millionenwerte ge-
schaffen hat.

Hätten alle diejenigen, die bisher nur in der Theorie Sozia-
lismus betrieben, auch etwas mehr Praxis geübt, so wären nicht
Hundert von Millionen, sondern viele Milliarden durch die Or-
ganisation der Verbraucher umgesetzt worden. Es wären beim
Ausbruch des Krieges nicht kaum ein Duzend genossenschaftlicher
Fabrikbetriebe, sondern viele Duzende und mannigfache Produkt-
ionszweige umfassende Fabrikbetriebe in den Händen der genossen-
schaftlich organisierten Verbraucher gewesen. Die Kriegsgewinne
und Revolutionsgewinne aus diesen Betrieben hätten nicht die
Kapitalisten eingestiebt, sondern, soweit Uberschüsse in genossen-
schaftlichen Betrieben gemacht werden, hätten diese wiederum zur
Erwerbung neuer Produktivbetriebe und zur Aufnahme neuer Fa-
miliationszweige und zur Beschäftigung weiterer vieler tausend Ar-
beiter und Angestellten in ihren eigenen Betrieben dienen können.

Mancher Kapitalist wäre kalt gestellt durch diesen unwin-
dlichen wirtschaftlichen Kampf, der zweifellos zum Sozialis-
mus führt.

Zur Einreichung der Tarifverträge gibt der preußische Mi-
nister für Handel und Gewerbe bekannt, daß nach § 6b, Abs. 2,
Verordnung vom 1. März 1920 (R.-G.-Bl. S. 1128) die Ver-
tragsparteien von Tarifverträgen für die Gewerbeaufsichtsbeamten,
deren Bezirk sich Betriebe der Vertragsparteien befinden, der
Landeszentralbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle je einen
Ursund oder eine Abschrift des Tarifvertrages sowie sämtliche dazu
gehörenden Ergänzungen und Änderungen kostenfrei einzureichen
haben.

In Ausführung dieser Vorschrift bestimmt der Minister, daß
hiernach einzureichenden Abdrude oder Abschriften der Tarif-
verträge von den Vertragsparteien ohne besondere Aufforderung
der erforderlichen Zahl kostenfrei an die Regierungspräsidenten,

in deren Bezirk sich Betriebe der Vertragsparteien befinden (für den
Landespolizeibezirk Berlin an den Polizeipräsidenten in Berlin),
einzusenden sind. Soweit der Geltungsbereich der Tarifverträge
über den Umfang eines Regierungsbezirks oder des Landespolizei-
bezirks Berlin hinausgeht, sind die Abdrude oder Abschriften an
die Oberpräsidenten und, soweit der Geltungsbereich über den Um-
fang einer Provinz hinausgeht, an mich zu übersenden.

Die Bestimmung bezieht sich sowohl auf die für allgemein
verbindlich erklärten als auch auf die nicht für allgemein verbind-
lich erklärten Tarifverträge.

Löhne und Preise. Die Arbeitgeber und ihre Presse suchen
seit Wochen nachzuweisen, daß die Löhne in stärkerem Maße ge-
stiegen sind als die Preise für Lebensbedürfnisse. Sie wollen da-
mit Stimmung für einen Abbau der Löhne machen oder wenig-
stens ein weiteres Steigen derselben verhüten. Die „Allg. Arbeit-
geberzeitung“ stellt eine Steigerung von 445 bez. 596 Proz. seit
1914 fest und stellt diesen Steigerungen folgende Lohnsteigerungen
gegenüber:

	1914	1920	Steigerung in Proz.
Eisenindustrie . . .	0,65	4,80	738 Proz.
Holzindustrie . . .	0,65	5,65	869 „
Baugewerbe . . .	0,90	6,20	689 „
Transportgewerbe . .	35,—	247,30	707 „
Mädergewerbe . . .	36,—	240,—	667 „
Schlossergewerbe . .	0,70	5,20	743 „
Malergewerbe . . .	0,70	6,—	857 „
Hafenbetrieb . . .	0,60	8,—	1333 „
Brauereigewerbe . .	37,—	245,—	668 „
Segelmacher . . .	0,55	5,20	945 „

Durchschnitt 821,6 Proz.

Wie sieht es nun in Wirklichkeit aus: Nach Dr. W. Elias
entwickelten sich die Preise in Frankfurt — und das trifft überall
zu — wie folgt. Die Ausgaben für eine 4köpfige Familie stiegen
um rund 1100 Proz. Ein Männeranzug um rund 1500 Proz.,
Arbeitshose 1600 Proz., Arbeitsbluse 1500 Proz., Mantel 1500
Prozent, Wäsche 1800 Proz., Socken 800 Proz., Hut 1400 Proz.,
Mähe 750 Proz., Stiefel 1300 Proz., Frauenbluse 2000 Proz.,
Frauenrock 1200 Proz. usw. Nach Dr. Elias beträgt die Mindest-
steigerung rund 800 Proz. und die Höchststeigerung rund 2000
Prozent. Diese Zahlen reden eine andere Sprache als die der
Arbeitgeberzeitung.

Aus der Praxis des Reichsarbeitsministeriums. Der Juli-
nummer der „Betriebsrätezeitung“ entnehmen wir folgende Notiz,
die auch unsere Kollegen Betriebsräte interessieren dürfte:

1. Auf eine Anfrage des „Deutschen Metallarbeiterverbandes“
Stuttgart an das Reichsarbeitsministerium, betreffend Auslegung
des § 71, Abs. 1 (Vorlegung der Lohnbücher), hat das Ministerium
folgenden Bescheid erteilt:

„Bei Vorlegung der Lohnbücher nach § 71 B.-A.-B. wird
auf Verlangen die Gelegenheit zur Vornahme von Aufzeichnungen
und zur Fertigung von Auszügen gegeben werden müssen. Da-
gegen halte ich den Arbeitgeber nicht für verpflichtet, die Auszüge
selbst machen zu lassen und dem Betriebsrat dann zur Verfügung
zu stellen. Dies würde über die Pflicht zur „Vorlegung“ hinaus-
gehen.“

2. Bei einer Firma war es dadurch zu Differenzen gekommen,
daß der Arbeitgeber in den Sitzungen, an denen er teilzunehmen
berechtigt ist, den Vorsitz verlangte und dessen Einräumung zur
Bedingung der Teilnahme machte, während der Betriebsrat den
Standpunkt einnahm, daß ihm der Vorsitz in allen Betriebsrats-
sitzungen nach dem Gesetz zukomme. Gutachtlich angerufen, äußerte
sich der Reichsarbeitsminister wie folgt:

„Die Uebertragung des Vorsitzes an den Arbeitgeber erfor-
dert nach § 29 B.-A.-B. das beiderseitige Einverständnis. Mangels
eines solchen liegt der Vorsitz in der Hand des Vorsitzenden der
Betriebsvertretung.“

Andererseits besteht ein Zwang für den Arbeitgeber, zu den
Sitzungen zu erscheinen, nicht, wenngleich es im Interesse der Zu-
sammenarbeit von Betriebsrat und Arbeitgeber dringend er-
wünscht ist, daß dieser zu den Sitzungen, an denen er teilnahme-
berechtigt ist, auch erscheint oder sich vertreten läßt. Einen Zwang
zum Erscheinen auszusprechen, ist in der Nationalversammlung ab-
gelehnt worden, weil sich dann sofort die Frage der Durchsetzung
dieses Zwanges erheben würde. Der Wortlaut des § 29, Abs. 2
(„nimmt teil“) soll nur ein Recht zur Teilnahme aussprechen.
Der Hinweis auf den Kommentar von Riefknecht-Schupp (§ 29. An-
merkung 5) ist unzutreffend. Die Anmerkung bezieht sich nur auf
die Frage der Teilnahme des Arbeitgebers an allen Sitzungen,
was im Ausschuß der Nationalversammlung von Arbeitnehmer-
seite mit Entschiedenheit abgelehnt wurde.“

Die Krise in der Schuhindustrie. 31 927 Fabrikshuhmacher in Deutschland arbeitslos! 985 Schuhfabriken mit 25 699 Beschäftigten gänzlich stillgelegt; wegen Betriebs einschränkung 6228 weitere Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen! Mindestens 10 000 Familienväter der Ernährung beraubt, hinter denen wieder 10 000 Ehefrauen und 20 000—30 000 Kinder der Not, am Hungertuche nagen zu müssen, überliefert sind; über 60 000 Menschen allein in der Schuhindustrie, die auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind — das ist das Fazit, welches die kapitalistische Wirtschafts anarchie aus den letzten Monaten uns heute darbieten kann. Denn nicht anders als anarchisch muß dieser Zustand bezeichnet werden, daß hunderttausende im Lande den dringendsten Bedarf an Schuhen haben, aber nicht die Mittel zur Anschaffung; auf der anderen Seite aber zehntausende von Schuhmachern aufs Straßenpflaster gesetzt werden, da wegen Überfüllung der Schuhlager die Weiterproduktion eingestellt wird.

Noch das Bild, welches obige Zeilen bieten, ist noch kein vollständiges. Nach unseren Feststellungen — die sich allgemein auf den Stand vom 1. Juli beziehen — haben außerdem die weiterarbeitenden Fabriken zu einschneidenden Betriebs einschränkungen durch Herabsetzung der Arbeitszeit gegriffen. Die Ermittlungen ergaben 326 Fabriken mit 29 006 Beschäftigten, die zur Verkürzung der Arbeitszeit, in der Mehrzahl der Fälle bis zu 24 Stunden in der Woche, geschritten sind. Man kann wohl annehmen, daß nur etwa der dritte Teil der Schuhindustrie, die insgesamt zirka 100 000 Arbeiter beschäftigt, voll im Gang geblieben ist. Mehr als die Hälfte der vorhandenen Betriebe und etwa ein Drittel der Arbeiterschaft überhaupt sind gänzlich ohne Arbeit, während das übrige Drittel der Arbeiterschaft nur notdürftig weiterbeschäftigt wird.

Dieser erschreckende Niederbruch der Schuhindustrie übertrifft an Schwere denjenigen zu Beginn des Krieges 1914. Im August 1914 wurden im Zentralverband der Schuhmacher 8235 Arbeitslose gezählt, wobei auf je 1000 Mitglieder 276 entfielen; im September 1914 waren aber nur 4121 Arbeitslose oder auf je 1000 Mitglieder 124 vorhanden. Die diesmalige Krise ist viel tiefergreifender, da sie auf längere Zeit anhält. Schon Ende Mai dieses Jahres bildete nach dem „Reichsarbeitsblatt“ die Schuhindustrie denjenigen Beruf, der mit der Arbeitslosigkeit an erster Stelle stand. Auf je 1000 Mitglieder wurden damals 187 Arbeitslose festgestellt, während sich diese Ziffer z. B. in der Textilindustrie auf 62, in der Holzindustrie auf 32 und im Baufach auf nur 23 belief. Im ganzen wurden Ende Mai 16 321 arbeitslose Mitglieder im Zentralverbande festgestellt. Mit Ende Juni schwoll diese Zahl auf 21 054 an, so daß auf je 1000 Mitglieder 244 Arbeitslose zu verzeichnen waren. Damit scheint der Höhepunkt erreicht zu sein; doch wenn auch von manchen Orten berichtet werden kann, daß sich das Geschäft langsam wieder belebt, so muß leider noch damit gerechnet werden, daß diese verheerende Abwärtskrisis nicht schnell behoben sein wird.

Arbeitslohn und Unternehmerprofit. Die richtige Beurteilung der Gewinnergebnisse der Aktiengesellschaften ist stets äußerst erschwert dadurch, daß es nur möglich ist, den Gewinn im Verhältnis zum Aktienkapital, nicht aber auch im Verhältnis zum ausbezahlten Arbeitslohn festzustellen. Nur ganz selten gelangen Mitteilungen an die Öffentlichkeit, die einen solchen Vergleich ermöglichen. Derartige Mitteilungen sind deshalb von besonderem Werte und um so beachtlicher, je bedeutender das Wert ist, für das sie gelten.

Die Aktiengesellschaft Farbenfabriken vormals Friedrich Bayer & Co. in Leverkusen hat im Geschäftsjahr 1919 einen Reingewinn von 27,2 Millionen Mark erzielt, aus dem 18 Proz. Dividende gezahlt werden. Das ist nichts Außergewöhnliches. Wesentlich anders wird aber das Bild, wenn man den Reingewinn in Beziehung zur Gesamtsumme der Löhne und Gehälter setzt. Dieser Betrag läßt sich durch Umrechnung anderer zufällig gemachter Zahlenangaben auf 57,4 Millionen Mark feststellen. Der Reingewinn beträgt also nicht weniger als 47 Proz. der Gesamtlohn- und Gehaltssumme. Mit anderen Worten: 100 Mk. Lohn oder Gehalt standen jenseits 47 Mk. Gewinn für die „notleidenden“ Aktionäre gegenüber.

Diese Lage ist so empörend, daß sie keines Kommentars bedarf.

Ein Anzeichen der Vermögenskonzentration scheint uns sehr notwendig zu sein. Die „Soziale Praxis“ bringt (1920, Nr. 36) einen Vergleich zwischen den Lebensmittelpreisen der vier Großstädte. Hamburg, Berlin, Frankfurt und Nürnberg. Diese Ziffern betragen im März 1920 in Hannover 717, Groß-Berlin 1115 und Frankfurt 797. Für Nürnberg ist der Februar verzeichnet mit 496. Berlin hatte im Februar 889 und Hannover 632. Die „Soziale Praxis“ weist darauf hin, wie verschieden diese von verschiedenen Seiten stammenden wissenschaftlichen Resultate aus-

gefallen sind. Wie nicht einmal die Wissenschaftler in der Bewertungsmethode einig sind, so können, so schreibt die „Soziale Praxis“ auch die an dem Kostenergebnis wirtschaftlich praktisch interessierten Objektivität strebende Kampfparteien nicht leicht einig werden. Das verschiedene Resultat scheint aus dem Mangel an praktischem Kenntnis der proletarischen Lebensführung und seiner Notwendigkeiten entstanden zu sein. Ein tieferes Eindringen in die Bedürfnisse und Befriedigung scheint für diese für das proletarische Volk eine wichtige Frage notwendig zu sein.

Konzentration des Finanzkapitals. Der Verschmelzungsprozeß innerhalb des deutschen Bankwesens macht in letzter erstaunlich rasche Fortschritte. Die Kommerzbank, die erst kürzlich mit dem Plan des Zusammenschlusses mit der Westfälischen Privatbank und der Breslauer Bankfirma Bachaly vortrat und zu diesem Zweck eine beträchtliche Erhöhung des Aktienkapitals vorgenommen hat, übernimmt jetzt die Vereinsbank in Wismar. Diese kleinere Provinzbank, die mit einem Aktienkapital von 11½ Millionen Mark arbeitet, verfügt über eine Filiale in Moskau und ein Netz von Agenturen in kleinen Orten. Die Verschmelzung der letzten selbständigen Provinzbanken geht in schneckentempo vorwärts und die finanzielle Leitung der deutschen Wirtschaft konzentriert sich immer deutlicher bei wenigen Großbanken, die sicherlich auch bald zu Vereinbarungen gelangen werden, eine Ausschaltung der Konkurrenz und eine Vertrustung der Wirtschaft in Deutschland anstreben.

Die Überfremdung des großstädtischen Hausbesitzes infolge der Besserung unserer Valuta nachgelassen zu haben. Berlin-Schöneberg wurden an Häuserkäufen durch Ausländer gestellt: im Oktober 1919 1, im November 6, im Dezember 12, Januar 1920 11, Februar 23, März 19, April 12, Mai (noch vollständig) 5. Der Gesamtpreis der 19 von Ausländern im 4. Vierteljahr 1919 gekauften Häuser betrug 8 625 000 Mk. überschritt den gemeinen Wert von 7 330 000 Mk. um 1 295 000 Mk., also um 17,7 Proz. Der Gesamtpreis der 53 von Ausländern im 1. Vierteljahr 1920 gekauften Häuser betrug 27 955 000 Mk. und überschritt den gemeinen Wert von 22 449 500 Mk. um 5 505 500 Mk., also um 24,5 Proz. Der Gesamtpreis der 17 von Ausländern im April/Mai 1920 gekauften Häuser betrug 8 773 000 Mk. und überschritt den gemeinen Wert von 6 847 000 Mk. um 1 926 000 Mk., also um 28,1 Proz. In 86 von den insgesamt 89 Fällen der Kaufpreis höher als der gemeine Wert, in sechs Fällen überschritt er ihn um mehr als 50 Proz. Dr. R. R u c z y n s k i

Kapitalismus und Kultur. Aus der Abfallverwertung der Industrie bekommen der praktische Pflanzenbau wie die Landwirtschaft bis jetzt schon drei der wichtigsten Düngemittel: das schwefelsaure Ammoniak der Gasfabriken und Koksereien, das Thonphosphat der Eisenhütten und die kalisüßenden Abraumfäule Salzbergwerke. Nun hat man als viertes für den Pflanzenbau ein wichtiges Mittel die Kohlenfäule gefunden. Wie Hugo Jägerskiöld in einer Arbeit über „Pflanzenwuchs und Kohlenfäule“ in den „Naturwissenschaften“ schreibt (Nr. 22, 1920), hat die Deutsche Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G. bereits eine Versuchsanlage hierfür geschaffen. Welche Vorteile diese Verwertung zu bringen vermag, zeigt die Mitteilung des Verfassers, daß Anfang November 1919 eine Rübenenernte von 100 : 152 auf der Weise erzielt hat, obwohl die Gegasung seit Anfang August gestoppt war und im September durch Ausblasen des Hochofens gänzlich aufhörte. Noch wertvoller ist die Benutzung der Kohlenfäule um Glas, selbst bei geöffneter Lüftung. So hatte der Verfasser z. B. in den ersten Wochen der Tomatenernte ein Verhältnis 100 : 3, also fast viermal soviel wie beim alten Tomatenbau. Um welche Mengen es sich handelt, wird auch angedeutet: der kleine Gashochofen verbrennt täglich soviel Kohlenstoff, als im Stärkemais von fast 30 000 Zentnern Kartoffeln enthalten ist. Wie wertvoll wäre nun eine Ausnutzung dieser neuen Kulturerfindung für das Ganze, die Allgemeinheit! Aber der Erfinder, Dr. F. Fiedel, hat bereits Patent auf den Gedanken genommen. Es kommt der Fortschritt nur dem Kapitalismus zugute, der zu seinem eigenen Vorteil billiger als die Konkurrenz erzeugen und damit mehr profitieren kann. Und so bleiben auch die Arbeiter, die Dienste solcher Ausnutzung der Kultur stehen, Sklaven des Kapitalismus.

Erhöhung der Lohnpfändungsgrenze. Die Verteuerung der Lebensbedürfnisse hat eine wesentliche Erweiterung der für die Arbeits- und Dienstlohn bestehenden Pfändungsbefristung notwendig gemacht. Durch eine Verordnung, die der Reichstag kurz vor seinem Auseinandergehen verabschiedet hat, ist eine Verdoppelung der bisher bestehenden Pfändungsgrenzen eingetreten, so daß, falls der Schuldner seinen Ehegatten, Verwandten oder einem unehelichen Kinde Unterhalt zu gewähren hat, ein Betrag bis zu 5000 Mk. von der Pfändung frei bleibt, in anderen Fällen

Betrag von 4000 M. Auch die Gesamtgrenze ist von 4500 M. bzw. 3000 M. auf 9000 M. bzw. 6000 M. erhöht worden. Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober in Kraft.

Proletarische Jugend. Sobald sich der Uebergang der proletarischen Jugend in das erwerbsfähige Alter vollzieht, beginnt ein außerordentliches Anschwellen der Sterblichkeit. Zu diesem Resultat kommt Kaiserling in einem im „Archiv für soziale Hygiene“ niedergegebenen Vortrage. Die Sterblichkeit vollzieht sich beim männlichen Geschlecht um das Vierfache, beim weiblichen um mehr als das Dreifache. Und die Ursache? Das wirtschaftliche Los des Ernährers! Was folgt daraus?

Die proletarische Frau und die Volkstrost. Neue Feststellungen haben ergeben, daß von den in den letzten sieben Jahren von tuberkulösen Müttern Geborenen nur 38 Proz. das 20. Lebensjahr überleben, für die Volkseutwickelung also nicht in Betracht kommen. Tausende opfern damit Gesundheit und Geld für den Nachwuchs, aber umsonst. Fast die Hälfte der Kinder stirbt dahin, und zwar wegen der tuberkulösen Veranlagung der Mutter. Die Tuberkulose ist aber in hohem Maße eine soziale Krankheit. Durch Besserung der proletarischen Lebensverhältnisse nimmt sie ab, und damit werden durch den proletarischen Kampf gegen den Kapitalismus nicht nur die augenblicklichen Verhältnisse gebessert, sondern der Kampf dient letzten Endes der Zukunft des Volksganzen.

Der Staub der Arbeit. Fast alle proletarischen Berufe sind mehr oder weniger mit Staubarbeit verbunden. Es ist bekannt, daß die Staubarbeit in überaus schädlicher Weise auf die Atmungsorgane des Menschen einwirkt. Der Landesgewerbearzt Koelsch bringt jetzt im „Zentralblatt für Gewerbehygiene“ eine Arbeit über Berufskrankheiten bei Porzellanarbeitern, in der er auf die verhältnismäßig häufigen Magen- und Darmstörungen hinweist, die die Folgen des übermäßigen Verschluckens von Staub sind, ferner mündliche Verstopfungen und anderes. Nur eine ausgedehnte Arbeitshygiene vermag den Arbeiter in seiner Gesundheit zu erhalten. Sie zu erringen ist eine der wichtigsten proletarischen Aufgaben.

Der proletarische Sonntag. Eine Arbeit von Dr. Opitz in den „Veröffentlichungen der Medizinalverwaltung“ erörtert die Bedeutung der Woche für den Ablauf menschlicher Tätigkeit. Zwar ist der Sonntag insofern eine wirtschaftliche Schädigung im Geiste, als er eine Unterbrechung der Übung und eine gewisse Ablenkung mit sich bringt. Doch ist diese Ablenkung notwendig zum Ausgleich der Ermüdung, so daß die Sonntagsruhe im Endeffekt einen wirtschaftlichen Vorteil bedeutet. Daß die Sonntagsruhe für das körperliche und geistige Wohlbefinden des Arbeiters von großer Bedeutung ist, hat jeder immer wieder an sich selber erfahren. So dient die Ruhe an einem Tage der Woche zur Erholung von der Arbeitsermüdung und zugleich zur Hintanhaltung vorzeitiger Abnutzung der menschlichen Arbeitskraft. Wir haben also auch hier, wenn wir immer wieder für alle Berufe einen freien Tag in der Woche verlangt haben.

Lohn und Krankheit. Bekanntlich werden zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten alljährlich große Summen geopfert. Die Lebensversicherungs-gesellschaften haben nun festgestellt, daß die Todesursache infolge von ansteckenden Krankheiten dem Lohne entspricht. Bei niedrigem Lohn ist die Sterblichkeit an ansteckenden Krankheiten besonders groß, bei hohem Lohne besonders gering. Daraus ergibt sich, daß die ansteckenden Krankheiten um so mehr nachlassen werden, je besser das soziale Los ist. Darum sollte man unseren wirtschaftlichen Forderungen mehr Verständnis entgegenbringen. Dann sind die großen Summen, die alljährlich zur Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten verwandt werden, ersparlich. Aber was geht das Unternehmertum der Staatskasse an. Das Unternehmertum hat diese Gelder ja nicht zu zahlen. Das zeigt, daß letzten Endes nur ein Gemeinschaftsleben die völlige soziale Regelung bringen kann.

Ueberanstrengende Arbeit hat das Proletariat stets geleistet. In einer Arbeit von Dr. Opitz in der Vierteljahrsschrift für gesellschaftliche Medizin und öffentliches Sanitätswesen ist ein großer Teil des Proletariats mit beruflichen Fehlern behaftet. Schon im jugendlichen Proletariat treten diese Schäden zutage, die auf Ueberanstrengung im Beruf zurückzuführen sind. Darum ist die Sterblichkeit der jugendlichen deutschen Arbeiter größer als in England. Opitz verlangt deshalb einen ausgedehnteren Schutz der jugendlichen Arbeiter und ärztliche Berufsberatung. Er sei der Arzt mehr als bisher zum Gewerbeaufsichtsdienst herangezogen. Es beleuchtet allerdings recht deutlich den mangelnden Schutz für Arbeiterhygiene, daß diese Gewerbeaufsicht noch fast nur aus technisch-wirtschaftlich gebildeten und hierin meist laienhaft verbiildeten Beamten vorgenommen wird.

Kirche und Tuberkulose scheinen nichts miteinander zu tun zu haben und doch wird die Kirche jetzt von einer „Hilfsorganisation für die Rettung der Tuberkulosekinder Deutschlands“, der namhafte medizinische Fachgelehrte angehören, zu Hilfe gerufen im Kampfe gegen diese elende Proletariersuche. Einer der berühmtesten Fachgelehrten, Prof. von Gruber, hat allerdings seine Unterschrift zu solchem Aufruf verweigert. „Rufen Sie nicht den Papst an“, schreibt er, „den Wächter christlicher Sittlichkeit, der kein Wort gewagt hat gegen die Hungersperre und gegen den Versailler Frieden!“ Auch wir sind der Ansicht, daß hier die natürliche Teilung in den Aufgaben statzufinden hat. Die Kirche mag ihre Fragen behandeln, zu einer Befreiung von all diesem Elend, das mit dem Kapitalismus verbunden ist, hat allein der proletarische Kampf Aussicht auf Erfolg.

Auf das Zigarettengift wies Dr. Kullbs, Köln, kürzlich auf dem Kongress für innere Medizin in Dresden hin. Bei vielen Patienten wurde neben den Erscheinungen der Nikotinvergiftung besonders charakteristisch eine Gewichtsabnahme bis zu 50 Pfund festgestellt. Auch andere Erscheinungen traten zutage, wie Wadenschmerzen, Blässe, herabgesetzter Säuregehalt des Magens und dergleichen. Neben der Alkoholbekämpfung gehört auch die Bekämpfung des übermäßigen Nikotingenusses zur Selbsterziehung des Proletariats im Sinne seiner Aufgabe der Völkerebefreiung.

Versamlungsberichte.

Schirnding. Die am 6. September stattgefundene Zahlstellenversammlung war gut besucht. Ganleiter Bredow hielt einen Vortrag über: Wirtschaftslage, Lohnverträge und Beitragsleistung. Er gab dem Anwesenden über die derzeitige gesamte Wirtschaftslage einen ausführlichen Bericht, wobei er mit scharfen Worten die Sabotage der Kapitalisten, speziell in der Porzellanindustrie, geißelte und an der Hand von Bilanzen einiger Porzellanfabriken nachwies, daß diese Firmen trotz mancherlei Betriebseinschränkungen sehr hohe Dividenden erzielten und Kapitalerhöhungen von Millionen von Mark vornehmen konnten. Aus diesem Gebaren der Unternehmer ist eben zur Genüge zu ersehen, daß noch ein gutes Geschäft gemacht wird; nur für die Arbeiterschaft in der Porzellanindustrie haben die Herren Unternehmer nichts übrig. Hier ist es ihr eifrigstes Bestreben, mit dem Lohnabbau zu beginnen, trotzdem es dem Unternehmer bis heute noch nicht eingefallen ist, ihrerseits in der Ernährungsfrage mit Vorschlägen zwecks Verbesserung der Lebenslage ihrer Arbeiter heranzutreten. Anschließend an die Ausführungen über die derzeitige gesamte Wirtschaftslage ging Geosse Bredow auf den von den Unternehmern zum 30. September gekündigten Lohnvertrag über, wobei er auf die früheren schwierigen Verhandlungen mit den Vertretern der Unternehmer hinwies, insbesondere auf die letzten Verhandlungen in Leipzig, wo sie mit dem Lohnabbau beginnen wollten. Im weiteren Verlauf des Referats streifte er auch die unbedingt notwendig gewordene Beitragserhöhung, die dem Verhandlsvorstand die Mittel gibt, bei einem eventuell einsetzenden Kampf gewappnet dazustehen. Am Schlusse seiner vortrefflichen und instruktiven Ausführungen wurde dem Redner reichlicher Beifall gezollt und folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 6. September stattgefundene Zahlstellenversammlung ist der vollständigen Ueberzeugung, daß an einen Lohnabbau noch gar nicht gedacht werden kann, indem sich gerade die wichtigsten Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände noch im stetigen Steigen befinden. Dazu kommt noch die erhebliche Steuer, die seit neuerer Zeit eingeleht hat. Da die Existenzmöglichkeit immer schwieriger wird, hält die Zahlstelle eine den heutigen Preisverhältnissen entsprechende Lohnerhöhung für dringend erforderlich und beauftragt den Verhandlsvorstand, bei den nächsten Verhandlungen dahingehend zu wirken.“

Unter Punkt „Geschäftliches“ wurde von der Versammlung zu dem abermals herrschenden Kaolinmangel ernsthafte Stellung genommen und die Entsendung einer Delegation zu der den Kaolin liefernden Firma nach Altzettelitz in Böhmen beschlossen, um endlich einmal den schon wiederholt eingetretenen Kaolinmangel, der nebenbei bemerkt, nirgends in der ganzen Umgebung, sondern einzig nur in Schirnding existiert, zu beheben. Unter „Verschiedenes“ wurden einige Auskünfte durch die anwesenden Genossen vom Betriebsrat erteilt und sodann die sehr anregend verlaufene Versammlung geschlossen. In dieser Versammlung war das eine Erfreuliche zu konstatieren, daß unter den Arbeitern von Schirnding das Interesse an den Verhandlungsangelegenheiten sich zu heben anfängt und ihnen die Worte: „Einigkeit macht stark“, zum Bewußtsein zu kommen scheinen.

Literarisches.

In seinem Buche: „Anfänge der Demokratie in England“ (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68, Preis 4 M.) gibt H. Conrad einen fesselnden Ueberblick über das Werden der Demokratie in England. Das Werk ist um so mehr der Beachtung wert, als die Folgen des Krieges anzeigen, daß weder staats- noch wirtschaftspolitische Macht- und Zwangsmittel, wie sie von den alliierten Volksbeglückern in reichlichem Maße angewandt werden, imstande sind, die elementarste aller Kräfte, den Freiheitsdrang, zu brechen.

Bezeichnend ist, daß ausgerechnet England anmaßend glaubt, die Idee der Freiheit in eine solche der imperialistischen Tyrannei umwandeln zu können. Nach einem bekannten Wort ist allerdings die Freiheit für England nie Exportartikel gewesen, und doch sind gerade von diesem Lande im Laufe der Jahrhunderte eine Fülle freier Kräfte ausgeströmt, und der demokratische Gedanke hat dort von jeher guten Boden und wertvolle Streiter gefunden.

Der Leser, der bei der Lektüre des Conradyschen Buches die Parallele zieht zwischen den geschichtlichen Tatsachen und den Erscheinungen unserer Zeit, wird ohne Zweifel von dem Bewußtsein erfüllt, daß lebendige Kraft sich nicht mit Engstirnigkeit brechen läßt.

An Vortragswillen, an Talenten, die gern zur Verschönerung eines Festes beitragen, fehlt es in keinem Arbeiterverein. Nicht immer aber ist geeignetes Material bei der Hand, das dem Tage oder der Stunde entspricht. Hier soll das von Ernst Preczang, im Verlage Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68, herausgegebene „Vortragbuch“, Preis 9 Mk., eine Brücke bilden. Es ist eine wesentlich vermehrte und überhaupt neugestaltete Ausgabe der früher im gleichen Verlage erschienenen „Reuchfugeln“, und enthält jetzt nahezu 100 Beiträge von vierzig Dichtern, darunter natürlich die bekanntesten Arbeiterpoeten. „Kampf und Ernst“ ist die erste, „Humor und Satire“ die zweite Abteilung, betitelt — vier Worte, die schon darauf hindeuten, daß hier für jede Gelegenheit etwas Geeignetes zu finden ist. Auch das Blatt-deutsche ist in beiden Rubriken vertreten. Eine Anleitung, „Die Kunst des Vortrages“, ist namentlich Anfängern auf diesem Gebiete zum Studium zu empfehlen, wie denn überhaupt jeder, der mit dem Arrangement von Arbeiterfesten zu tun hat, das Buch als Helfer begrüßen wird.

Warnung.

Das Mitglied Fritz Becker, Malerlehrling aus Langewiesen bei Ilmenau (Buch-Nr. 81890) reist im Lande umher und brandschächt die Zahlstellen. In Dresden ist dem B. vom Geschäftsführer unserer Zahlstelle das Verbandsbuch abgenommen und an den Geschäftsführer der Zahlstelle Ilmenau gesandt worden. B. hat in Dresden eine Fahrkarte erhalten, um damit nach Ilmenau reisen zu können, wo er beheimatet ist. B. ist aber nicht nach Ilmenau gefahren, sondern reist in Thüringen umher und erschwindelt sich unter falschen Angaben freiwillige Unterstützungen. Er gibt an, aus Rattowitz zu stammen und bei den dortigen Unruhen zur Flucht gezwungen gewesen zu sein. Er will auch in Rattowitz bei den Unruhen verwundet worden sein und geht zum Beweise hierfür lahm. In einzelnen Zahlstellen ist es B. gelungen, beträchtliche Unterstützungen zu ergattern. In Hermsdorf und Burgau ist Becker, der keinerlei Ausweis-papiere bei sich hat, unter dem Namen Fritz Müller aus Rattowitz aufgetreten. Die Zahlstellen sind hiermit vor dem p. Becker, alias Müller gewarnt.

Das Verbandsbureau.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Sachsenberg a. Eger. Samstag, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Georg Kaiser.

Adressen-Änderungen.

Rudolfsstadt. Vorsitzender: Viktor Triebiger, Bd., Volkstsch, Al. Gasse 30. Stellvert. Vorsitzender: Gust. Hercher, Am Bach 2. Schriftführer: Herm. Bloß, Schwarza, Rudolfsstädterstr. 27. Stellv. Schriftführer: Albin Gismann, Ludwigstr. 2. Revisoren: Herm. Reube, Volkstsch, Nr. 45, Joh. Büttner, Weimarschestr. 10.

Quittung.

Für unser Mitglied M. Weigelt gingen nachträglich noch ein von der Zahlstelle Stanowitz 10 Mk., wofür wir bestens danken. Zahlstelle Scheib. Der Kassierer: Oskar Wanderer.

Mitterteich.

Den Mitgliedern unserer Zahlstelle zur gefl. Kenntnis, daß von Samstag, den 18. September ab, der Umtausch der Bibliotheksbücher alle 14 Tage stattfindet, und zwar immer Samstag nachmittags von 2 bis 3 Uhr im Vereinslokal bei Engelbert Frank.

Die Verwaltung.

Schmiedeberg i. Riesengeb.

Unserer Kollegin Frida Engler in Haselbach zur Vermählung die besten Glückwünsche.

Die Verwaltung der Zahlstelle. J. A.: O. Pretschmann.

Zuschußkasse deutscher Porzellanmaler.

Kassenbericht vom 1. und 2. Quartal 1920.

Einnahme:

Bestand vom 4. Quartal 1919.	22 696,90 Mk.
Beiträge und Eintrittsgelder	6 107,25 "
Kapitalverlehn	1 826,68 "

Summa . . . 30 630,83 Mk.

Ausgabe:

Kontingents	1 449,75 Mk.
Sterbegeld	180,- "
Kapitalverlehn	1 589,66 "
Verwaltung der Kasse	77,90 "
Verwaltung der Kasse	288,54 "
Außerordentliche Ausgaben	56,75 "
Kassenbestand	26 485,23 "

Summa . . . 30 190,83 Mk.

Verzins-Nachweis:

Sparkasse	24 106,05 Mk.
Sparkasse, Nr. 101	1 384,60 "
Bar	797,56 "

Summa . . . 26 488,21 Mk.

Mitgliederbestand: 486.

Herm. Schubert, Kassierer.

Zahlstelle Dresden, Ortsgruppe Meissen.

Vors.: Max Hofmann, Rossenerstr. 66. Kass.: Max Schreiber, Eplerstr. 22. Sprechstunde und Auszahlung von Unterstützung je Freitag von 1/6—1/7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Bibliotheksraum. Die Ortsgruppenleitung.

Zahlstelle Schweidnitz.

Am Sonnabend, den 18. September cr., feiert unsere Zahlstelle in den Räumen des „Kaiserhof“ ihr 1. Stiftungsfest, bestehend aus Ball, humoristischen Vorträgen, Verlosung usw. — Anfang 6 Uhr. Es wird erwartet, daß sich unsere Mitglieder mit ihren wertvollen Angehörigen vollzählig beteiligen. Die Zahlstellen-Verwaltung.

Dankagung.

Für die mir zuteil gewordene Unterstützung sage ich den Kolleginnen und Kollegen von der hiesigen Zahlstelle meinen besten Dank. Johann Schneider, Zahlstelle Steffel.

Dankagung.

Für die mir anlässlich des Ablebens meiner Schwester zuteil gewordene Unterstützung sage ich allen Kolleginnen und Kollegen von der Firma Varenter & Co., sowie der hiesigen Zahlstelle des Verbands der Porzellanarbeiter meinen herzlichsten Dank. Albert Köstler, Walbfaffen.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Rubert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Größere Anzahl

geschliffener Gerätglasbläser

gesucht, welche auf Quarzglas arbeiten wollen, bei einem derzeitigen Anfangslohn von 415 Mk. für Glasbläser über 25 Jahre, für jüngere 385 Mk. pro Woche. Bei guten Leistungen dauernde Stellung. Nach Einarbeitung und nach Erreichung normaler Leistung beträgt der Wochenlohn 450 Mk. Mit Rücksicht auf die zurzeit bestehenden Wohnungsschwierigkeiten in Griesheim a. M., wo unser Quarzglas-Schmelze ihren Sitz hat, müssen unverheiratete Bewerber bevorzugt werden. Näheres zu erfahren durch Heraeus, Quarzglas-Ges. m. b. H., Hanau a. M.

Tüchtiger Dreher, erste Kraft, längere Zeit schon als Oberdreher tätig gewesen, mit Schablonenfeilen und allen sonstigen Arbeiten in Dreherei und Gießerei bestens vertraut, sucht Stellung als Oberdreher oder event. auch als Dreher in einer Steinzeug- oder Tonwarenfabrik.

Gefl. Offerten an die Red. der „Ameise“ erbeten unter R. G.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Matrücken usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Für alle Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Flaschen usw. zahle die höchsten Preise. Machen Sie einen Versuch und Sie werden mein Kunde bleiben.

H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Stanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Bestehtes Geschäft dieser Art.

Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

Gegenschuhe mit Ledersohle und Zwickeln, billigster Fabrikarbeiter Schuh! Hauspantoffel — Turnschuhe — Reinschuh, sehr schön in weiß, grau und schwarz, weiße Kinderschuhe kaufen Sie billig bei A. Mehe, Weißwasser, O.-L., Schuhversand.

— Verlangen Sie Preisliste. —

Sämtliche Pinsel für Porzellanmaler, auch nach Zeichnung oder Muster, liefert

Paul Materne, Schönewald, Oberfranken.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldflaschen und alle in der Golderei vorkommenden Abfälle kauft zu höchstem Tagespreisen schnell und reeller Bedienung Oskar Hottmann, Stadtilm i. Thür.

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art



Gold-, Platin-, Silberpreis auf Anfrage

Seit 1. Juli 1919

Seit 1. Juli 1919

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.